

Umbesetzung in den Fachausschüssen der Stadt Gummersbach**Beratungsfolge:**

Datum	Gremium
04.03.2021	Hauptausschuss und Ausschuss für öffentliche Ordnung
11.03.2021	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt beschließt mit sofortiger Wirkung folgende Besetzungen und Umbesetzungen:

Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Digitalisierung

beratende Mitglieder AM. Mustafa Gündeşli	stellvertretende Mitglieder 1. AM. Vassilios Kanelias 2. AM. Gaetano Rivoli
--	---

Ausschuss für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität

beratende Mitglieder AM. Gaetano Rivoli	stellvertretende Mitglieder 1. AM. Waldemar Leinweber 2. AM. Claudia Amcha
--	--

Ausschuss für Kultur und Ehrenamt

ordentliche Mitglieder unverändert	stellvertretende Mitglieder Die Linke 2. AM. Manfred Pawlowski (bisher: Stv. Tom Peetz)
beratende Mitglieder AM. Renate Gosiewski	stellvertretende Mitglieder 1. AM. Cemile Güzel 2. AM. Elena Beyer

Ausschuss für Schule, Sport, Soziales, Familie und Migration

beratende Mitglieder AM. Lilia Köhler	stellvertretende Mitglieder 1. AM. Vassilios Kanelias 2. AM. Atina Kanelias
--	---

Jugendhilfeausschuss

ordentliche Mitglieder unverändert	stellvertretende Mitglieder SPD 3. AM. Kathrin Grüttgen
---------------------------------------	---

beratende Mitglieder
AM. Cemile Güzel

stellvertretende Mitglieder
1. AM. Marcus Linde

2. Ferner bestellt der Rat mit Wirkung ab dem Inkrafttreten der am 11.03.2021 neu zu erlassenden Satzung für das Jugendamt der Stadt Gummersbach die folgenden Personen zu beratenden Mitgliedern nach § 5 Abs. 1 Ziffer 10 dieser neuen Satzung:

beratende Mitglieder
Die Linke
AM. Duygu Agu

stellvertretende Mitglieder
1. AM. Stefan Czerny
2. Stv. Diyar Agu

Begründung:

Mit Beschluss vom 02.11.2020 hat der Rat der Stadt erneut die Möglichkeit zur Berufung sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohner als beratende Mitglieder in die Fachausschüsse der Stadt Gummersbach eröffnet. In Frage kommen dafür der Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Digitalisierung, der Ausschuss für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität, der Ausschuss für Kultur und Ehrenamt sowie der Ausschuss für Schule, Sport, Soziales, Familie und Migration.

Benannt werden können jeweils ein ordentliches beratendes Mitglied sowie zwei stellvertretende beratende Mitglieder. Der Integrationsrat hat sich in seiner Sitzung vom 24.02.2021 mit der Angelegenheit befasst und die im Beschlussvorschlag enthaltenen Besetzungen in Form eines einheitlichen Wahlvorschlages empfohlen.

Die Stadtratsfraktion Die Linke hat mit E-Mail vom 20.12.2020 um eine Umbesetzung im Ausschuss für Kultur und Ehrenamt gebeten.

Redaktionell ist eine Ergänzung im Bereich der stellvertretenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses nötig, in dem Frau Kathrin Grüttgen entgegen der Mitteilungen der SPD-Stadtratsfraktion nicht aufgeführt war.

Ferner hat der Rat mit dem Grundsatzbeschluss vom 02.11.2020 und der in gleicher Sitzung erfolgten personellen Besetzung der Ausschüsse im Rahmen eines einheitlichen Wahlvorschlages beabsichtigt, allen Fraktionen in allen Ausschüssen eine Teilnahme zu ermöglichen. Im Jugendhilfeausschuss gelingt dies aufgrund der lediglich neun vom Rat frei besetzbaren Sitze nicht, weswegen das Konstrukt gewählt wurde, Die Linke Stadtratsfraktion auf Vorschlag des Jugendhilfeausschusses als weitere beratende Mitglieder zu berücksichtigen.

Zwischenzeitlich hat sich der Bedarf ergeben, die Satzung für das Jugendamt neu zu erlassen. In der neuen Satzung wird eine Berücksichtigung nach den Regeln des § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NRW vorgesehen, wodurch der Rat eine direkte Bestellung ohne den Umweg über einen Vorschlag des Jugendhilfeausschusses vornehmen kann.

Nach ihrem Inkrafttreten wird die Satzung einige weitere Teilnahmemöglichkeiten schaffen. Zu nennen sind hier Veränderungen zu den Religionsgemeinschaften, dem Jugendamtselternbeirat und dem Integrationsrat. Ferner konnten zur konstituierenden Ratssitzung noch nicht alle Positionen der freien Träger besetzt werden.

Es wird daher in der Folge des Neuerlasses zu weiterem Umbesetzungsbedarf kommen, welcher für die Sitzung des Rates im Mai vorbereitet werden soll und dadurch zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Juni wirksam wäre. Um weiteren Pandemie-bedingten Sitzungsausfällen vorzubeugen, soll allerdings auch ohne bis Mai anberaumte Sitzungen hier der Ratsauftrag vom 02.11.2020 umgesetzt werden und zum Inkrafttreten der neuen Satzung eine beratende Vertretung der Stadtratsfraktion Die Linke im Jugendhilfeausschuss ermöglicht werden.